

A n t w o r t

des Chefs der Staatskanzlei

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Louis Schmidt (AfD)
– Drucksache 17/4073 –

Vereinswesen in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/4073** – vom 7. September 2017 hat folgenden Wortlaut:

Das Vereinswesen in Rheinland-Pfalz wird auch 2017 wieder durch einen landesweiten Ehrenamtstag am 10. September als zentraler Bestandteil unserer Kultur gewürdigt. Doch das über Jahrzehnte oder sogar über Jahrhunderte gewachsene weitgefächerte Vereinswesen steckt im ganzen Land und auch in Rheinland-Pfalz in einer tiefen Krise. Das Personal insbesondere der Verantwortungsträger überaltert zusehends, viel zu wenige jüngere Menschen kommen nach, und nur in Ausnahmefällen besteht unter diesen eine hinreichende Bereitschaft, feste Verpflichtungen in Führungspositionen zu übernehmen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Vereine gibt es aktuell in Rheinland-Pfalz, und wie viele Mitglieder zählen sie insgesamt?
2. Wie sieht die Entwicklung der Zahl der bestehenden Vereine und ihrer Mitglieder zwischen 2010 und 2017 aus (bitte konkrete Angaben für jedes Jahr)?
3. Gibt es Studien zur quantitativen Weiterentwicklung des rheinland-pfälzischen Vereinswesens in den nächsten Jahren, und wie fallen diese Prognosen gegebenenfalls aus?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung gegenwärtig zur Stärkung der Vereine und der dort ehrenamtlich Tätigen?
5. Würde die Landesregierung eine Bundesratsinitiative zur Einführung von Rentenpunkten für ehrenamtlich Tätige unterstützen? Falls ja, warum? Falls nicht, aus welchen Gründen?

Der **Chef der Staatskanzlei** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 29. September 2017 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Aktuell gibt es in Rheinland-Pfalz laut der Studie Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ-Survey 2017) „Vielfalt verstehen, Zusammenhalt stärken“ rund 38 000 eingetragene Vereine.

Absolute Zahlen der Mitglieder in den Vereinen sind nicht bekannt. Aus der Befragung des ZiviZ-Survey 2017 ist bekannt, dass die meisten Vereine in Rheinland-Pfalz (43 Prozent) maximal 50 Mitglieder haben. 23 Prozent der Vereine haben 51 bis 100 Mitglieder. 30 Prozent der Vereine in Rheinland-Pfalz haben zwischen 101 und 500 Mitglieder. Großvereine mit mehr als 500 Mitgliedern sind mit 4 Prozent die Ausnahme.

Zu Frage 2:

Die Zahl der eingetragenen Vereine ist in den vergangenen Jahren in Rheinland-Pfalz stetig angestiegen, von ca. 35 600 im Jahr 2010 auf knapp 38 000 im Jahr 2016. Das Vereinswesen in Rheinland-Pfalz erfreut sich beständiger Beliebtheit und wächst stetig. Rheinland-Pfalz belegt nach dem aktuellen Freiwilligensurvey mit einer Engagementquote von 48,3 Prozent den Spitzenplatz im Ländervergleich.

Die Anzahl der eingetragenen Vereine jeweils zum Stichtag 31. Dezember betrug:

| | |
|--------------|--------------|
| 2010: 35 617 | 2014: 37 118 |
| 2011: 36 113 | 2015: 37 434 |
| 2012: 36 489 | 2016: 37 731 |
| 2013: 36 846 | |

Für 2017 liegen noch keine aktuellen Zahlen vor.

In den Vereinsregistern wird die Anzahl der Mitglieder der Vereine nicht erfasst. Entsprechende Statistiken sind lediglich für einzelne Bereiche wie etwa den Sport zugänglich. Daher sind keine Aussagen für alle rheinland-pfälzischen Vereine möglich.

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen kann jedoch auf Basis der Befragungen des ZiviZ-Survey (2012, 2016) eingeschätzt werden. Demnach ist die Entwicklung der Mitglieder in der überwiegenden Zahl der eingetragenen Vereine in Rheinland-Pfalz stabil bis steigend. In 36 Prozent der Vereine haben sich die Mitgliederzahlen seit 2012 nicht verändert. In 35 Prozent der Vereine sind die Mitgliederzahlen gestiegen. Bei 29 Prozent der Vereine sind die Mitgliederzahlen rückläufig.

Zu Frage 3:

Die Studie „Zivilgesellschaft in Zahlen“ (ZiviZ) des Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft ist die umfassendste Datenerhebung der organisierten Zivilgesellschaft in Deutschland. Sie wurde erstmals 2012 durchgeführt und 2016 wiederholt.

Rheinland-Pfalz hat als einziges Bundesland eine Länderauswertung der ZiviZ-Studie von 2012 beauftragt. Sie wurde unter dem Titel „Gestalten oder gestaltet werden? Ländlicher Raum und demografischer Wandel als Kontext zivilgesellschaftlicher Organisationen in Rheinland-Pfalz“ veröffentlicht. Die Ergebnisse der Studie wurden zusammen mit den Befunden des aktuellen Freiwilligen surveys in einer öffentlichen Veranstaltung am 28. Oktober 2016 in der Staatskanzlei vorgestellt und diskutiert.

Die ZiviZ-Studie belegt, dass Rheinland-Pfalz zu den Ländern mit sehr hoher Vereinsdichte gehört. Auf 10 000 Einwohner kommen 91 Vereine.

Die Studie macht empirisch deutlich, dass die demografischen Veränderungen sich mittel- und langfristig auch auf die organisierte Zivilgesellschaft, insbesondere das Vereinswesen auswirken. Eine konkrete Prognose der Entwicklung der Anzahl von Vereinen konnte dabei jedoch nicht vorgenommen werden. Diese Entwicklung hängt nach den Autoren der Studie davon ab, wie die Vereine die bestehenden Herausforderungen annehmen, Vereinsstrukturen modernisieren und wie sie dabei von Land und Kommunen unterstützt werden.

Die Herausforderungen liegen demnach weniger in der Anzahl der Mitglieder der Vereine, sondern vielmehr in der Besetzung von Führungs- und Vorstandspositionen und der Gewinnung von entsprechendem Nachwuchs.

Zu Frage 4:

Die Landesregierung unterstützt die rheinland-pfälzischen Vereine durch eine Vielzahl von Angeboten und Maßnahmen. Hierzu gehören insbesondere:

- regelmäßige Fachtagungen zu „Rechtsfragen im Ehrenamt“ (Vereinsrecht, Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht, Stiftungsrecht, Versicherungsschutz),
- Information und Beratung zum Versicherungsschutz, zu vereinsrechtlichen und steuer- und gemeinnützigkeitsrechtlichen Fragen,
- Informationsportal www.wir-tun-was.de,
- zahlreiche Formen der Würdigung, Wertschätzung und Anerkennung (Ehrenamtstag, Engagement- und Kompetenznachweis, Preise und Ehrungen, Ehrenamtskarte),
- Fachveranstaltungen zu wechselnden engagementpolitischen Themen,
- Vernetzung auf Landesebene (Vereinsdatenbank „Wir tun was!“, Gründung Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement).

In Planung befindet sich derzeit ein Fortbildungsangebot für die rheinland-pfälzischen Vereine, um sie bei der drängenden Frage der Gewinnung von Nachwuchs für Führungs- und Vorstandsfunktionen zu unterstützen.

Ferner sollen künftig bestehende und neue Angebote der Fort- und Weiterbildung in einer virtuellen Ehrenamtsakademie gebündelt werden. Bereits jetzt finden sich im Weiterbildungsportal des Landes verschiedene Qualifizierungsangebote für die Zivilgesellschaft.

Das in Gründung befindliche „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ unter Schirmherrschaft der Ministerpräsidentin wird künftig einen regelmäßigen Austausch zu Entwicklungsbedarfen in Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement bieten und die Engagementpolitik der Landesregierung begleiten.

Die Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei ist Service- und Ansprechstelle für Verbände, Vereine, Stiftungen, Kommunen sowie engagierte und engagementinteressierte Bürgerinnen und Bürger.

Zu Frage 5:

Die Anerkennung und Würdigung der Arbeit ehrenamtlich engagierter Menschen ist der Landesregierung ein großes Anliegen. Die Landesregierung tut dies auf vielfältige Art und Weise. Die landesweite Ehrenamtskarte, der jährliche landesweite Ehrenamtstag, der Engagement- und Kompetenznachweis, aber auch Auszeichnungen wie der Brückenpreis, den die Ministerpräsidentin jährlich verleiht, sind dafür nur einige Beispiele.

Die Landesregierung hat sich auch mit der Frage befasst, ob ehrenamtliches Engagement, ähnlich wie Erwerbsarbeit, mit einem Rentenpunkt belohnt werden sollte, auch wenn die Zuständigkeit hierfür letztendlich beim Bund liegt und auch die Frage der finanziellen Folgen für die öffentlichen Haushalte geklärt werden müsste.

Nach einem ausführlichen Meinungsbildungsprozess, in den bewusst auch Akteure der rheinland-pfälzischen Zivilgesellschaft einbezogen wurden, sieht sich die Landesregierung in ihrer Position bestärkt, dass sich Ehrenamt ganz deutlich von (sozialversicherungspflichtiger) Erwerbsarbeit abgrenzen sollte. Auch die Formen der Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement sollten sich deutlich von den Formalia für Erwerbstätigkeit unterscheiden. Das betrifft auch die Belohnung ehrenamtlicher Tätigkeit mit Rentenpunkten. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass das Wesen von Ehrenamt, das sich durch die Kriterien Freiwilligkeit, Unentgeltlichkeit und Gemeinwohlorientierung von Erwerbsarbeit unterscheidet, verloren geht.

Clemens Hoch
Staatssekretär

